

Sperrfrist: 2. November 2004, Redebeginn

Rede

des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit

Wolfgang Clement

Jubiläumsfeier der "Initiative EnergieEffizienz"

Veranstaltung

Energieeffizienz auf der Verbraucherseite –

immer wichtiger für die Energiepolitik

Thema

am 2. November 2004

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

I. Internationale Energienachfrage

In den zurückliegenden Wochen und Monaten haben wir leider immer neue „Rekorde“ im Weltmarktpreis für Rohöl registrieren und mit entsprechenden Rekordpreisen für Kraftstoffe und Heizöl leben müssen.

Um es klar zu sagen:

Rational ist diese Entwicklung nicht nachvollziehbar.

Die Märkte sind ausreichend versorgt, auch wenn die Versorgungskette angesichts wachsender weltweiter Nachfrage und knapper Reservekapazitäten angespannt ist.

Die derzeitigen Preissprünge erklärt dies nicht und deshalb muss alles getan werden, um die

Entwicklung wieder umzukehren. Denn eins ist klar:

Dieser Ölpreis hat Auswirkungen auf unsere Wirtschaft. 10 US\$ pro Barrel dauerhafter Anstieg kosten uns real $\frac{1}{4}$ % -Punkt Wachstum – und das, obwohl wir heute viel weniger vom Öl abhängig sind als in früheren Preiskrisen der 70er und 80er Jahre.

Dass wir trotzdem in diesem Jahr wieder Exportweltmeister sind, zeigt zwar, wie stark unsere Industrie im weltweiten Vergleich ist; diese Stellung gilt es zu halten und nicht durch hohe Energiepreise zu gefährden.

Was ist gegen diese Preissprünge zu tun?

Zusätzliche Investitionen in den Förder-, aber auch in den Verbraucherländern sind nötig – zur Behebung der derzeit knappen Reservekapazitäten beim Rohöl und bei den Raffinerien,

die den weltweit ansteigenden Bedarf decken müssen.

Nötig ist auch mehr Transparenz der Marktdaten, um den Spekulanten und Hedge-Fonds nicht zusätzlich in die Hände zu spielen. Die Wirtschaftswoche schätzt den Spekulationseffekt auf 15 – 20 US \$ pro Barrel.

IEA und OPEC haben gemeinsame Initiativen ergriffen, um mehr Klarheit in das Marktgeschehen zu bringen – im gemeinsamen Interesse einer Beruhigung der Märkte. Hier sehe ich erste sichtbare Erfolge des Dialogs mit den Förderländern.

Wir müssen trotz und alledem klar sehen:
Der langfristige Trend bei den Energiepreisen zeigt nach oben.

Die zunehmende Nachfrage nach Energieträgern bleibt und wird nicht nachlassen.

Ich denke da insbesondere an den Energiehunger Chinas und anderer stark wachsender Schwellenländer wie Indien oder Brasilien.

Was kann man gegen diese Energiepreisentwicklung tun?

II. Die Rolle der Energienachfrage

Wichtig ist – und darum vor allem geht es heute –, dass wir bei angespannten Märkten die Nachfrageseite noch stärker ins Auge fassen.

Diese Erkenntnis ist beileibe nicht neu, aber sie gerät viel zu oft in den Hintergrund der Diskussionen.

Welchen Einfluss hat die Energienachfrage?

Ist ihre Höhe mit ihrer preistreibenden Wirkung auf die Märkte unabänderbar mit dem Wachstum der Wirtschaft verbunden?

Oder haben wir nicht doch Spielräume, um den Energiebedarf zu verringern und um auf diese Weise die negativen Effekte der Energiepreiserhöhungen auf Konjunktur und Lebensstandard zu mildern?

Diese Fragen stellen nicht nur wir uns.

Auch für ein Land wie China sind die Zeiten längst vorbei, in denen der Energieverbrauch von Produktionsprozessen und Produkten eine eher untergeordnete Rolle bei Investitions- und Produktentwicklungen spielte.

Aus Angst, dass die Stromversorgung zusammenbricht, werden dort während der Sommersaison mitunter ganze Produktionslinien tagsüber stillgelegt und die Arbeit in die Nacht und auf das Wochenende verlegt.

Der Aspekt der Energieeinsparung rückt weltweit immer mehr in den Vordergrund des Interesses.

Die Zeiten sind vorbei, in denen energieintensive Produktionsanlagen nach Asien exportiert werden konnten und die von dort bezogenen Geräte und Bauteile einen relativ hohen Stromverbrauch aufwiesen.

Wer als Hersteller bei elektrischen und elektronischen Geräten im Wettbewerb mit asiatischen Konkurrenten bestehen möchte, der muss sich auch auf diese veränderte Situation einstellen.

Doch zurück zu den Welt-Energiemärkten.

Reaktionen bei anderen großen Nachfragern wird es sicher geben.

Aber wir müssen uns vor allem selbst verstärkt Gedanken darüber machen, was zu tun ist.

III. Rückblick

In den siebziger Jahren gab es aufgrund der starken Ölpreiserhöhungen auf den Weltmärkten eine Energiepreiskrise, die Wirtschaft und Verbraucher massiv beeinflusste.

Die meisten Unternehmen in Industrie und sonstigem Gewerbe reagierten schnell und nachhaltig. Kosten wurden gesenkt, die sich unmittelbar auf das Betriebsergebnis auswirkten. Staatliche Maßnahmen oder Ermahnungen waren in der Regel nicht nötig.

Anders war die Situation außerhalb der Industrie, z. B. bei vermieteten Gebäuden.

Hier gibt es das bekannte Mieter-Vermieter-Dilemma.

Während Investitionen für energiesparende Wärmedämmung oder für eine Verbesserung der Heizungsanlage vom Vermieter zu tragen

sind, treffen den Mieter die Kosten für überhöhten Heizenergieverbrauch.

Sowohl im Interesse der Allgemeinheit als auch zum Schutz der Mieter waren hier ordnungsrechtliche Maßnahmen erforderlich.

Die damalige sozialdemokratisch geführte Bundesregierung schuf dafür eine wichtige Grundlage.

Das Energieeinsparungsgesetz von 1976 bildete die rechtliche Grundlage für die später verabschiedeten Wärmeschutz- und Heizungsanlagenverordnungen, die wir Anfang 2002 in der Energieeinsparverordnung zusammengeführt haben.

IV. Internationaler Vergleich

Internationale Vergleiche zeigen, dass wir auf unserem Weg sehr gute Ergebnisse erzielt haben.

Unsere Energieproduktivität hat sich in den letzten Jahrzehnten gut entwickelt.

Die noch in den siebziger Jahren meist als unüberwindbar angesehene Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch ist gelungen.

Dazu haben auch Maßnahmen außerhalb des Gebäudesektors beigetragen, z. B.

- die obligatorische Energieverbrauchskennzeichnung von Geräten,
- die Selbstverpflichtungen der Pkw-Hersteller zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs,
- die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie zur CO₂-Minderung,
- auch die Öko-Steuer und
- nicht zuletzt die zahlreichen Informations- und Beratungskampagnen.

Deutschland liegt bei der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Energieintensität – also dem Verhältnis vom Primärenergieverbrauch zum Bruttoinlandsprodukt – deutlich besser als der Durchschnitt der OECD-Länder.

Wir sind um etwa 30 Prozent günstiger.

Und im Vergleich zu den USA beträgt diese Differenz sogar über 80 Prozent.

V. Herausforderungen für Deutschland

Trotz dieser Erfolge dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, zumal sich seit einiger Zeit die Entwicklung der Energieeffizienz verlangsamt hat.

Das ist zwar auch in vielen anderen Ländern so; aber es kann uns nicht gleichgültig sein, dass dies gerade in Zeiten steigender Weltmarktpreise für Energieträger passiert.

Während sich die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch um 2,4 Prozent pro Jahr verbesserte, lag sie zwischen 1999 und 2003 nur noch bei durchschnittlich 0,9 Prozent.

Wenn wir unsere Ziele im Klimaschutz und für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum erreichen wollen, dann reicht dies nicht.

Ein zweites Problem kommt auf uns im Elektrizitätsbereich zu.

Der Endenergieverbrauch insgesamt ist seit 1990 nicht mehr gestiegen.

Dies gilt aber nicht für elektrischen Strom.

Hier nahm der Verbrauch deutlich zu.

Vieles deutet darauf hin, dass wir in den kommenden Jahren erheblich mehr Elektrizität verbrauchen werden.

Und drittens:

Deutschland ist eine starke Exportnation.

Diese Position können wir nur halten, wenn wir ein breite Palette an energieeffizienten Produkten anbieten.

Energieeffizienz wird in Zukunft noch stärker als heute ein wichtiges Verkaufsargument auf den Weltmärkten sein.

Aus diesen Gründen muss das Thema Energieeinsparung und Energieeffizienz weiterhin ganz oben auf der Agenda unserer Energie- und Wirtschaftspolitik stehen.

VI. Handlungsoptionen

Was also ist zu tun?

Viele Untersuchungen zeigen, dass es besonders auf der Seite der Verbraucher noch erhebliche Potenziale zur Energieeinsparung gibt, die nicht nur technisch, sondern auch kosteneffizient genutzt werden können.

Meist liegt es an fehlenden Informationen und organisatorischen Problemen, dass diese Möglichkeiten nicht erkannt werden.

Das gilt allerdings weniger für die Industrie, für die steigende Energiepreise oft spürbar höhere Kosten bedeuten.

Dieses Signal wird den Unternehmen auch direkt und unverhüllt über die Märkte vermittelt.

Das Management wäre schlecht beraten, wenn es auf Preissteigerungen bei den Energieträgern nicht reagieren würde – etwa durch neue energieeffizientere Produktionsverfahren.

Die zurückliegenden Jahre zeigen in der Tat, dass in der Industrie viel unternommen wurde und wird, um Energie noch effizienter einzusetzen.

Handlungsbedarf besteht aber dort, wo Energieeinsparpotenziale auf Verbrauchsseite deshalb nicht genutzt werden, weil der Druck des Marktes dafür zu gering ist.

Ein wesentliches Beispiel dafür ist der Gebäudesektor.

Wir haben darauf mit der im Februar 2002 in Kraft getretenen Energieeinsparverordnung reagiert.

Auch die erweiterten Kreditprogramme der KfW leisten einen erheblichen Beitrag zur effizienteren Nutzung von Energie im Gebäudebereich.

So wird z. B. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der KfW seit 2003 (*seit Einführung des Teilschulderlasses bei Sanierung einer Immobilie auf Neubauniveau*) besonders intensiv nachgefragt. Im Jahr 2003 wurden aus dem Programm Kredite von insgesamt über 1,4 Mrd. € vergeben. In diesem Jahr wurden bis zum 30. September bereits Anträge auf weitere knapp 1 Mrd. € gestellt.

Zur Zeit berät das Parlament darüber, dieses Programm auch 2005 fortzuführen.

[Hinweis: Die Finanzierung einzelner Elemente des Programms (Teilschulderlass, Energiesparhäuser) in Höhe von 160 Mio € ist im parlamentarischen Raum noch nicht abgestimmt.]

Ich würde eine Verlängerung sehr begrüßen.

Auch der 2006 einzuführende obligatorische Energieausweis für Gebäude, der vom Eigentümer bei Vermietung oder Verkauf vorzulegen ist, dürfte dazu beitragen, dass Energieeffizienz zu einem wichtigen Argument auf dem Immobilienmarkt wird.

Im Verkehrssektor ist ebenfalls schon viel geschehen, um mit weniger Kraftstoff mehr Transportleistung zu erreichen.

Die gestiegenen Kraftstoffpreise bringen zusätzliche Anstöße zum Kauf sparsamer Fahrzeuge.

Ich kann mir schwer vorstellen, dass die Fahrzeughersteller darauf nicht reagieren werden.

Allerdings halte ich noch mehr Informationen für Autokäufer erforderlich.

Die obligatorische Verbrauchskennzeichnung neuer Pkw, die seit gestern flächendeckend in ganz Deutschland in Kraft ist, sollte helfen,

dass sich die Käufer bewusst für energiespar-
samere Autos entscheiden.

Mit Sorge beobachte ich die Entwicklung des
Stromverbrauchs in den privaten Haushalten
und Büros.

Vor allem in den immer anspruchsvolleren,
mit immer neuen Funktionen versehenen Geräten
der Unterhaltungs-, Informations- und Kom-
munikationstechnik sehe ich ein erhebliches
Risiko, dass die Nachfrage nach Elektrizität
noch erheblich stärker zunehmen könnte als bis-
her.

Mehrere Studien weisen auf diese Gefahr hin.

Auch wenn der Verbraucher die Geräte über
lange Zeit nicht nutzt, brummen Transformato-
ren, laufen Ventilatoren und werden Geräteteile
geheizt und beleuchtet.

Geräte, die durch Druck auf den Hauptschalter abgeschaltet werden, nehmen gewissermaßen hinter dem Rücken des Nutzers weiter Strom aus der Steckdose.

Viele Geräte haben nicht einmal einen Hauptschalter.

Aber solche Geräte werden gekauft.

Die zusätzlichen Kosten sind vielen Verbrauchern offenbar nicht bewusst.

Und auch die Umweltbelastungen werden nicht registriert, denn das Kraftwerk, das den Strom erzeugt, steht ja auch nicht im eigenen Wohnzimmer oder Büro.

Diese Stromverschwendung mag für den Einzelnen eine geringe Bedeutung haben, volkswirtschaftlich ist es aber alles andere als eine Bagatelle.

Rechnet man die Standby-Verluste und andere Leerlauf-Stromverluste in den Haushalten und Büros hoch, dann zeigt sich, dass in Deutschland mehrere Großkraftwerke ständig laufen müssen, um Strom zu erzeugen, den keiner braucht.

Hinzu kommt der übermäßige Stromverbrauch, den viele Fernseher, Telefonanlagen, Ladegeräte, Multifunktionsanlagen und andere Geräte im Bereitschafts-Zustand verursachen, obwohl es dafür inzwischen bessere und kostengünstigere Lösungen gibt.

Im vergangenen Jahr hatte ich eine Studie vergeben, die untersuchte, welche Trends es beim Stromverbrauch von Geräten in den Haushalten und Büros gibt.

Das Ergebnis muss mir Sorge bereiten.

Wenn es beim gegenwärtigen Trend bleibt, dann steigt der durch Geräte der Informations-, Kommunikations- und Unterhaltungselektronik

verursachte Stromverbrauch von etwa 38 Terawattstunden im Jahre 2001 um 45 Prozent auf über 55 Terawattstunden bis zum Jahr 2010.

Für die Energiepolitik stellt sich daher die Frage, wie wir dem entgegenwirken können.

Den weitest gehenden Eingriff würde z. B. eine Mindesteffizienzvorschrift darstellen.

Denkbar wäre auch eine Verpflichtung zur Kennzeichnung von Geräten mit überhöhtem Standby-Verbrauch.

Manchmal ist nicht zu vermeiden, dass zur Umsetzung wirtschafts- und energiepolitischer Ziele rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen oder verändert werden müssen.

Wenn aber die betroffenen Unternehmen selbst handeln, ohne dass es ihnen erst vorgeschrieben

werden muss, dann ist das stets die bessere Lösung.

So ist die im vergangenen Jahr vom europäischen Spitzenverband EICTA gegenüber der Europäischen Kommission unterzeichnete Selbstverpflichtung zur Erhöhung der Energieeffizienz bei Fernsehgeräten mit Bildschirmröhren der richtige Ansatz.

Ich hoffe und fordere dazu auf, dass noch mehr Unternehmen diese Selbstverpflichtung unterzeichnen, die auch auf Fernsehgeräte mit neueren Technologien, auf DVD- und Videogeräte erweitert werden soll.

VII. Public-Private Partnership

Interessante und unbürokratische Lösungen sind auch im Rahmen einer gut überlegten Zusammenarbeit öffentlicher Institutionen und privater Unternehmen im Rahmen von Public-Private Partnership möglich.

Ein solches Konzept liegt der "Initiative Energie-Effizienz" zugrunde, die vor nunmehr zwei Jahren startete.

Das gemeinsam von Politik und Energiewirtschaft verfolgte Konzept, für energieeffiziente Produkte und Verhaltensweisen zu werben, ist zu einem Erfolg geworden.

Zusammen mit Handelsunternehmen, regionalen Energieagenturen, Hochschulen, Verbraucherorganisationen und anderen Institutionen hat die Deutsche Energie-Agentur – wie ich meine – hervorragende Ergebnisse erzielt.

Gerade bei einem so komplexen und dynamischen Thema, wie der Verbesserung der Energieeffizienz auf der Verbraucherseite sind gemeinsame Aktionen wie die "Initiative EnergieEffizienz" von größtem Wert. Ich würde es sehr begrüßen, wenn diese Initiative auch weiterhin als ein breites Bündnis tätig ist. Ausgehend von den in den vergangenen beiden Jahren gesammelten Erfahrungen sollte sie ihre Aktivitäten fortset-

zen und zugleich weitere Aktionsfelder in Angriff nehmen. Es gilt, das Bündnis mit den bereits gewonnenen Partnern zu stärken und zusätzliche Verbündete in der Industrie zu gewinnen. *[Hinweis: Die Verhandlungen zwischen dena und den EVUs über eine Fortsetzung des finanziellen Engagements sind noch nicht abgeschlossen. Dena bereitet eine Ausweitung der Initiative auf andere Bereiche (Motorenkampagne) gegenwärtig vor.]*

Wenn sich Energiewirtschaft, Gerätehersteller, Handel und Handwerk gemeinsam dieses Themas annehmen, dann brauchen wir keine zusätzlichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen. Wir schaffen mit einer breit angelegten Energieeffizienzoffensive auch neues Bewusstsein bei Herstellern und Handel für sparsamere Produkte. Innovationen in der Energieeffizienz werden so gefördert und unsere Position als Exportnation damit gestärkt.

Ich gratuliere den engagierten Mitstreitern der "Initiative EnergieEffizienz" zu Ihren Erfolgen und wünsche Ihnen und uns, dass sich genügend Partner zusammenfinden, um diese hervorragende Initiative fortzusetzen und zu erweitern.